

Schleswig-Holsteinischer Landtag □
Umdruck 16/1852

Ministerium für Bildung
und Frauen
des Landes Schleswig-Holstein

Vorsitzende des Bildungsausschusses
Frau Sylvia Eisenberg, MdL

Landeshaus

24105 Kiel

Kiel, 12. März 2007

Staatssekretär

Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen (AGGAS)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

in der Sitzung des Bildungsausschusses am 15. Februar 2007 hat der Abgeordnete Dr. Klug Informationen zur Ausweitung von AGGAS über Lübeck hinaus erbeten. Dieser Bitte komme ich hiermit nach.

Bei AGGAS handelt es sich um ein Projekt der Polizei, das in enger Abstimmung mit den Schulen durchgeführt wird. Es wurde 1998 in Lübeck als Modellprojekt gemeinsam vom 2. Polizeirevier Lübeck und dem Schulamt eingeführt. Ziel ist es u. a., einen verlässlichen Kontakt zwischen Polizei und Schule herzustellen und jeder Schule einen festen Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen. Inzwischen beteiligen sich nahezu alle Lübecker Schulen erfolgreich an diesem Projekt. Auf Anregung der Gemeinsamen Strategiekommision (StratK) Polizei / Staatsanwaltschaft, AG „Gewaltdelikte“, soll AGGAS schrittweise ausgeweitet werden. Auf Initiative des Ministeriums für Bildung und Frauen fanden in den Kreisen Steinburg, Pinneberg und Stormarn Ende vergangenen Jahres Veranstaltungen zur Einführung von AGGAS mit den jeweiligen Polizeidienststellen sowie interessierten Schulen statt. Beteiligt waren dabei auch das Landespolizeiamt, die Generalstaatsanwaltschaft sowie die jeweils zuständigen Polizeidirektionen und Schulämter.

In diesem Zusammenhang sind vor Ort bereits konkrete Absprachen und Maßnahmen zur Umsetzung von AGGAS getroffen worden. So haben die beteiligten Schulen

Dienstgebäude
Brunswiker Straße 16 - 22
24105 Kiel
Telefon (04 31) 9 88 - 59 01
Telefax (04 31) 9 88 - 59 03
e-mail: Pressestelle@mbf.landsh.de
Internet: www.mbf.schleswig-holstein.de
Bus: Linie 22, 32, 33, 61, 62

und die zuständigen Polizeidienststellen ihre Kooperation weiter ausgebaut. Den Schulen steht ein Polizeibeamter als fester Ansprechpartner zur Verfügung. Dieser Jugendbeauftragte hat sich bei den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern zum Teil bereits persönlich oder durch entsprechende Informationsblätter und Elternbriefe vorgestellt und u. a. mitgeteilt, wie er zeitnah zu erreichen ist. Teilweise hängen auch entsprechende Informationsplakate in den Schulen oder sind in Planung. An einigen Schulen wirkt der Polizeibeamte auch in Unterrichtsstunden zum Thema Gewalt mit. Insgesamt wird von den Schulen die mit AGGAS intensivier- te Zusammenarbeit mit der Polizei als sehr positiv beurteilt. Der Kreisfachberater für Kriminalitätsprävention des Schulamtes des Kreises Steinburg plant inzwischen bereits auf Kreisebene weitere Schulen über AGGAS zu informieren und bei Bedarf bei der Umsetzung zu unterstützen.

Für das Bildungsministerium ist die Ausweitung von AGGAS ein wichtiger Baustein der Gewaltprävention an Schulen. In diesem Sinne wird das Ministerium auch weiterhin eng mit der Polizei zusammenarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann